Der oberschlesische Wanderer

Gegründet 1828

Nr. 78
96. Jahrgang
Verlagsort Gleiwitz

Dienstag, den 1. April 1924

Postscheck-Konto Breslau 1382. Telegramme Wanderer Gleiwitz. Gerichtsstand Gleiwitz
Fernsprecher Gleiwitz 171, 172, 231.

Preis: 15 Goldpfennig, f. poln. Oberschl. 300000 poln. Mk.

Aelteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der „Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien pro Woche 30 Goldpfennige, in Polnisch-Oberschlesien 1500000 polnische Mark, im Voraus zahlbar frei Haus. Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM. — Preise freibleibend — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einspaltige mm-Zeile 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM, für auswärtige Anzeigen die einspaltige mm-Zeile 0,12½ GM, im Reklameteil 0,50 GM. Amtliche, Finanz- und Heilmittelanz im Industriebezirk 0,20 GM, amtl. Anzeigen auswärts 0,30 GM. In Polnisch-Oberschlesien die mm-Zeile 0,10 bezw. 0,40 GM, umgerechnet nach dem jeweiligen Stande der poln. Mk. Angebots- und Auskunftsvermittlg. 0,10 GM. Beilagengebühr 2,— GM ‰. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Akkord oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort

Stiftung Staatsbibliothek Preuß. Kulturbesitz

Italiens Verstimmung gegen Frankreich

(:) Genf, 1. April. (Eig. Ber.) Die Mittelmeer-Unstimmigkeiten zwischen Paris und Rom vertiefen sich und haben im ganzen Lande eine starke Verstimmung gegen die französische Regierung hervorgerufen. Frankreichs Presse versucht diese Strömung als eine Folge deutscher Hetzerei darzustellen, stößt dabei aber in der italienischen Presse auf scharfen Widerspruch. Secolo schreibt z. B.: „Wir brauchen keine deutsche Hetzer aber auch keine französische Bevormundung".

Wahlstimmung

Von unserem Berliner Vertreter.

Am 4. Mai sollen in Deutschland die Reichstagswahlen stattfinden, eine Woche später wird die französische Kammer neu gewählt. Sowohl in Deutschland wie in Frankreich haben sich deshalb die politischen Parteien auf den Wahlkampf eingestellt. Und es reizt, Vergleiche zu ziehen zwischen der deutschen und französischen Wahlpropaganda. Während man in Deutschland allgemein der Ueberzeugung lebt, es werde hier zu einem Ruck nach rechts kommen, besteht in Frankreich kein Zweifel darüber, daß die linken Parteien einen erheblichen Zuwachs erhalten und dadurch der nationale Block gefährdet werden kann. Um in Deutschland die Erfolge der Rechten zu schmälern, wird alles getan, und um in Frankreich eine Linksmehrheit zu verhindern, bemüht sich selbst Poincare. Die Zusammensetzung des neuen französischen Kabinetts trägt bereits der Wahlstimmung Rechnung, denn das neue Kabinett soll eine Art Konzession an die Linke darstellen. Letzten Endes können Wahlausgänge durch taktische Maßnahmen stark beeinflußt werden. Und es ist möglich, daß die französischen Wahlen durch dieses neue Kabinett ein wesentlich anderes Bild erhalten. Doch Poincare ruht nicht auf seinen Erfolgen aus, er hat noch eine andere wertvolle Agitation eingeleitet, die ihm einen Wahlsieg verspricht. Es ist das scheinbare Entgegenkommen gegen England. Man liest nämlich, die Verständigung zwischen England und Frankreich mache Fortschritte, Frankreich trage sich mit dem Gedanken, die Sachverständigen-Vorschläge zu akzeptieren, sogar die Räumung des Ruhrgebietes zu diskutieren und überraschender Weise auch in der Sicherheitsfrage einer englischen Anregung zu folgen und ihre Lösung dem Völkerbund zu überlassen. Wohl gemerkt muß man hier freilich mit reinen Stimmungsmomenten rechnen, die im Augenblick wirken sollen, die die Wahlen beeinflussen dürften. Damit erfüllen sie ihren Zweck.

Nicht so geschickt wie Poincare leitet die deutsche Regierung die Wahlbewegung ein. Die deutsche Regierung besitzt noch nicht die Fähigkeit, Wahlen zu machen, sie läßt sich zu sehr von den Parteien treiben und fühlt sich nicht selbständig genug, bei Wahlen der Regierungspolitik zum Siege zu verhelfen. So haben denn auch bei uns die Parteien die Führung, sie sind bemüht, ihre Mandatzahl wenigstens zu erhalten und aus diesem Bestreben heraus suchen sie Zusammenhänge zu schaffen um bereits für die Zukunft vorzuarbeiten. Regierungsprogramme der Deutschnationalen werden besonders beachtet und von der gegnerischen Presse mit Vergnügen gebucht. Die deutsche Volkspartei ist bisher noch nicht in den Wahlkampf getreten. Die Demokraten sind bereits ins Land gezogen. Sie rechnen mit Verlusten und bemühen sich, diese soweit wie möglich zu verhindern. Noch stärker auf die Verhinderung von Verlusten haben die Sozialdemokraten ihre Agitation eingestellt, die Opposition gegen alle Parteien zeigt. Nervosität zeigt sich beim Zentrum, das auch diesmal trotz aller Zweiungen in der Partei auf die alte Mandatszahl rechnet. Das Zentrum ist die einzige Partei, die die Regierungstätigkeit der letzten fünf Jahre verteidigt und verteidigen muß.

Leider artet die Agitation, obwohl sie noch nicht auf der Höhe, auf Hieb und Stich angelangt ist, bereits aus und kann, wenn sie so skrupellos geführt wird, erheblichen innen- und außenpolitischen Schaden anrichten. So wird von Agitatoren auch das Gerücht ausgestreut, die deutsche Währung bleibe nur solange fest, bis die Wahlen vorüber seien. Dann werde auch die Rentenmark ins Schwanken kommen. Die Verheißung einer neuen Inflation also bedeutet soviel als die Verheißung einer kommenden Volksempörung, die sich nicht abdämmen lassen würde, wenn tatsächlich nach den Wahlen die deutsche Währung aufs neue unsicher werden sollte. Lieber als solche demagogischen Ausstreuungen sind die Mittel ist die Taktik, wie sie Poincare beliebt, der auch in die Wahlbewegung den großen Zug der Außenpolitik wirft. Und man wird bei uns jedenfalls jenen Rednern das größte Vertrauen und Interesse entgegenbringen, die ihre Agitation für ihre Partei auf die große Linie der kommenden Politik stellen, die keinen Zerfall Deutschlands, keine Inflation ankündigen, sondern das Erwachen des nationalen Bewußtseins, daß das Volk hinausführt aus den Fesseln und der Drangsal der Versailler Reparationsbelastungen zu ersprießlicher Arbeit.

München unter Waffen

Militärischer Aufmarsch zur Abschreckung

Cb. München, 1. April. (Eig. Ber.) München steht in Erwartung des Urteils. Alle Ministerien und die Gebäude der höchsten Behörden sind seit Mitternacht militärisch bewacht. Ohne Ausweis wird niemand durchgelassen. Das Bahnhofsgebäude und der Nachbarstraßen sind durch 6 Reichswehrkompagnien gesichert. Zur Abschreckung sind gestern Nachmittag große militärische Abteilungen in voller Ausrüstung mit Musik durch die Straßen gezogen. Es werden schon jetzt in München Unterschriften gesammelt, die für den Fall einer Verurteilung die Begnadigung der im Hitler-Prozeß Angeklagten fordert.

Münchener Vorbeugungsmaßnahmen

München, 31. März. Die Polizeidirektion teilt mit, daß anläßlich der Urteilsverkündung gegen Hitler und Genossen von den Anhängern der Nationalsozialisten große Demonstrationen geplant sind. Die Polizeidirektion erklärt, daß sie mit allen Mitteln dagegen einschreiten wird. Gleichzeitig wird bekannt gemacht, daß am 1. April die Abhaltung aller Versammlungen verboten ist.

Urteil im Hitler-Prozeß

TU. München, 1. April. (Eig. Ber.) Heute vormittag 10 Uhr verkündete der Vorsitzende folgendes Urteil:

Die Angeklagten Hitler, Weber, Kriebel und Pöhner wegen Hochverrats 5 Jahre Festungshaft und 200 Mark Geldstrafe.

Die Angeklagten Brückner, Röhn, Wagner und Fricke wegen Beihilfe zum Hochverrat 1 Jahr 3 Monate Festungshaft und 100 Mk. Geldstrafe.

Der Angeklagte Ludendorff wird von jeder Straftat freigesprochen und die Kosten für dieses Verfahren der Staatskasse auferlegt.

Den Verurteilten wurde nach Verbüßung von 6 Monaten Festungshaft eine Bewährungsfrist eingeräumt. Das Urteil wurde ohne Kundgebung im Zuhörerraum entgegengenommen.

Der Großbetrug

im französischen Aufbaugebiet

Cb. Genf, 1. April. (Eig. Bet.) Der Wiederaufbau-Skandal kam gestern in der französischen Kammer zur Sprache. Der sozialistische Abgeordnete Inghals richtete scharfe Angriffe gegen die Regierung. Nach seinen Mitteilungen sind über 900 Betrugs-Prozesse eingeleitet worden. 13 Milliarden Franken Gelder für den Wiederaufbau seien verschwunden. Auch der Abgeordnete Escoffier kritisierte sehr lebhaft die Wiederaufbau-Skandale. In Lille hätten einige 50 Zugewanderte, die nie in Lille gewohnt hätten, Gelder für die Errichtung von Wohnhäusern und Villen erhalten. Finanzminister Marsel versprach scharfe Sühne, wenn sich die erhobenen Anschuldigungen als wahr erweisen würde.

Frankreichs Flottenrüstung

Cb. Paris, 1. April. (Eig. Ber.) Die Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung die drei provisorischen Budgets-Zwölftel angenommen, ferner ein Gesetz, das den Marine-Minister ermächtigt, im Jahre 924 zwei Kreuzer, sechs Torpedoboote und zwei Uboote auf Stapel zu legen.

Botschafter Leishmann †

Paris, 31. März. (Tel.) In Monte Carlo ist der ehemalige amerikanische Botschafter in Berlin, Leishman, im Alter von 67 Jahren gestorben.

Ueberschwemmungen

Frankfurt a. M., 31. März. Die Nebenflüsse des Main führen starkes Hochwasser. Weite Strecken des Kainzig-Tales stehen unter Wasser.

Zwanzig Todesopfer in Polen

Warschau, 31. März. Die Weichsel steigt dauernd weiter, und großer Schaden ist bereits in Vorstädten Warschaus zu verzeichnen. Jabloma steht unter Wasser, desgleichen 40 Dörfer. Verschiedene Brücken sind weggespült, und bis jetzt sind 20 Tote als Opfer der Ueberschwemmung gemeldet. Der bisher entstandene Schaden wird auf 8 Millionen Goldmark veranschlagt.

Schwere Unwetter-Katastrophe

Newyork, 31. März. Fürchterliche Hagelstürme und Windhosen verwüsten das Tal des Mississippi-Stromes, die Ebene des Mississippi und den westlichen Teil der Rocky Montains. Bisher sind 50 Tote und einige hundert Verletzte festgestellt. Die Ueberschwemmungen verursachen großen Schaden. Brücken und Bahndämme sind weggerissen, ganze Ortschaften überschwemmt. Der Schaden wird auf 50 bis 100 Millionen Dollar geschätzt.

Die entscheidungsschwere Woche

Cb. Genf, 1. April. (Eig. Ber.) Das „Journal" meldet aus Paris: General Dawes teilte Montag nachmittag den Pressevertretern mit, daß die Berichte der beiden Sachverständigen-Komitees am Freitag vormittag der Reparations-Kommission zugehen werden. „Havas" meldet: Die Reparations-Kommission ist für Sonnabend mittag 11 Uhr einberufen.

Abbau des Staatsgerichtshofes

Berlin, 31. März. Wie mitgeteilt wird, geht der dem Reichstag zugegangene Entwurf, der den Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik aufhebt, vom Reichsjustiz- und vom Innenministerium aus. Er wird im Wege der ordentlichen Gesetzgebung erledigt. Die Gründe zur Aufhebung des Staatsgerichtshofes sind in erster Linie finanzielle.

Poincarés Programm

Paris, 31. März. Poincare verlas heute Vormittag in der Kammer die Antritts-Erklärung des neuen Kabinetts. Er begann mit einem Hinweis darauf, daß die Regierung aus Politikern verschiedener Richtungen zusammengesetzt sei, die zum Teil keine früheren Gelegenheiten gegen ihn selbst gestimmt haben. Keiner dieser Politiker, so fuhr er fort, brauche seine Ansichten zu verleugnen. Aber in dem Augenblick, wo es sich um Fragen der auswärtigen Politik handelt, haben wir geglaubt, unwichtigere Fragen unterordnen zu sollen. Wir sind entschlossen, ohne Schwanken die auswärtige Politik fortzusetzen, die von der früheren Regierung betrieben und von den beiden Kammern bewilligt wurde. Die Kammerperiode geht ihrem Ende entgegen, und das Volk wird bald das Wort erhalten. Indessen müssen zunächst die Budget-Zwölftel der wieder eintreibbaren Schulden beschlossen werden. Die Kammer wird Sie inständig bitten, keine Ausgaben zu beschließen, die nicht durch normale Einnahmen gedeckt werden. Wenn wir Pfänder gegen einen säumigen Schuldner ergriffen haben, und wenn wir unseren Schutzwall gegenüber einem Volke erhalten, das trotz seiner Verpflichtungen seine militärischen Formationen vermehrt (?), so darf man daraus nicht lügnerische Folgerungen gegen uns ziehen. Frankreich ist und bleibt die große Dienerin der Gerechtigkeit (?) und eine der besten Hüterin des europäischen Frieden (?). Wir haben den lebhaften Wunsch, uns so schnell wie möglich mit allen unseren Verbündeten über die zwei Fragen zu einigen. Wir können die Truppen aus dem Ruhrgebiet nur herausziehen nach Maßgabe der Zahlungen, die wir erhalten haben, können nicht positive Pfänder gegen unsichere Versprechungen eintauschen. Wenn es später vorkommen sollte, daß wirklich eine Macht verführt vom Militarismus und besessen vom Dämon der Revanche und des Hasses einen europäischen Frieden zu stören versucht, oder die Provinzen, die sie früher unterjocht hat, sich ganz oder teilweise wieder anzueignen, so würde dies die Empörung der sämtlichen anderen Völker erwecken und man würde ihr den Weg zu diesem Unternehmen versperren. Die Abstimmung über die Erklärung wurde auf Wunsch der Regierung auf Morgen Nachmittag vertagt.

Revision Dr. Zeigners

Leipzig, 31. März. (Tel.) Wie die „Neue Leipziger Zeitung" erfährt, hat der Verteidiger Dr. Zeigners, Rechtsanwalt Marschner, gegen das am Sonnabend gefällte Urteil Revision beantragt, soweit es nicht auf Freispruch lautet. Dr. Zeigner ist bekanntlich zu 3 Jahre Gefängnis verurteilt worden.

Der Zahlungsplan?

× Berlin, 31. März.

Der erste Sachverständigenausschuß (Dawes) hielt eine Beratung, in der die Arbeiten zur Herstellung der endgültigen Gerichtsform anscheinend erheblich gefördert, wenn auch noch keineswegs abgeschlossen worden sind. Im Anschluß an diese Besprechung veröffentlicht der Pariser „Matin" über den von den Sachverständigen, wie er zu wissen glaubt, in Aussicht genommenen Plan der deutschen Reparationszahlungen Angaben, deren Zuverlässigkeit, namentlich was die Zahlen betrifft, zwar einstweilen ungewiß bleibt, die aber als Merkmal dessen, was im Ausschuß erörtert worden und wie es erörtert worden ist, jedenfalls beachtenswert sind. Mindestens geben sie ein Bild französischer Erwartungen, Wünsche und Zugeständnisse.

Nach dem Plan, wie der Matin ihn wiedergibt, zahlt Deutschland, sobald das Moratorium abgelaufen ist, jährlich zweieinhalb Milliarden Goldmark, deren Aufbringung folgendermaßen zu denken wäre: Zölle und besondere, von den Ortsbehörden unmittelbar an die Reparationskommission abzuführende Steuern erbringen zwölfhundert Millionen. Der industrielle und landwirtschaftliche Besitz wird (ähnlich dem früheren deutschen Plan) mit einer Hypothek von zehn Milliarden belastet, von den in Höhe dieser Hypothek auszugebenden Obligationen erhält die Reparationskommission sechs Milliarden zu freier Verfügung, sie kann also nach Wahl entweder die Zinsen im Jahresbetrag von dreihundert Millionen einziehen oder die Stücke

Völkerbund und Schulddiktat

T. U. Berlin, 31. März. Die Bedingungen für einen Eintritt in den Völkerbund hat Dr. Stresemann dahin formuliert, daß ein Eintritt Deutschlands nur in einen universalen Völkerbund und nur dann stattfinden kann, wenn Deutschland damit nicht erneut das Versailler Schulddiktat anerkennt und dauernd einen Sitz im Völkerbundsrat erhält.